

Zeitschrift: Schweizer Monatshefte : Zeitschrift für Politik, Wirtschaft, Kultur
Herausgeber: Gesellschaft Schweizer Monatshefte
Band: 41 (1961-1962)
Heft: 11

Artikel: Ost-West-Handel : "Entwicklungshilfe" für den Aufbau des Kommunismus
Autor: Förster, Wolfgang
DOI: <https://doi.org/10.5169/seals-161277>

Nutzungsbedingungen

Die ETH-Bibliothek ist die Anbieterin der digitalisierten Zeitschriften auf E-Periodica. Sie besitzt keine Urheberrechte an den Zeitschriften und ist nicht verantwortlich für deren Inhalte. Die Rechte liegen in der Regel bei den Herausgebern beziehungsweise den externen Rechteinhabern. Das Veröffentlichen von Bildern in Print- und Online-Publikationen sowie auf Social Media-Kanälen oder Webseiten ist nur mit vorheriger Genehmigung der Rechteinhaber erlaubt. [Mehr erfahren](#)

Conditions d'utilisation

L'ETH Library est le fournisseur des revues numérisées. Elle ne détient aucun droit d'auteur sur les revues et n'est pas responsable de leur contenu. En règle générale, les droits sont détenus par les éditeurs ou les détenteurs de droits externes. La reproduction d'images dans des publications imprimées ou en ligne ainsi que sur des canaux de médias sociaux ou des sites web n'est autorisée qu'avec l'accord préalable des détenteurs des droits. [En savoir plus](#)

Terms of use

The ETH Library is the provider of the digitised journals. It does not own any copyrights to the journals and is not responsible for their content. The rights usually lie with the publishers or the external rights holders. Publishing images in print and online publications, as well as on social media channels or websites, is only permitted with the prior consent of the rights holders. [Find out more](#)

Download PDF: 21.02.2026

ETH-Bibliothek Zürich, E-Periodica, <https://www.e-periodica.ch>

Ost-West-Handel — «Entwicklungshilfe» für den Aufbau des Kommunismus

WOLFGANG FÖRSTER

In den letzten Monaten ist das Problem des West-Ost-Handels in unserem Land lebhaft erörtert worden. Mehrheitlich wird der Handel mit den Ländern jenseits des eisernen Vorhangs scharf kritisiert. Besondere Anerkennung verdient die offizielle Stellungnahme der freisinnigen Parteien der Kantone Zürich und Bern. — Auf unsere Bitte hin stellt uns ein bewährter Experte neuerdings grundlegende Ausführungen über das aktuelle Thema zur Verfügung. (Vgl. Aufsatz von W. Förster, Februar-Nr. 1957 und Februar-Nr. 1960; siehe ferner Wilhelm Röpke «Der Handel mit dem roten Imperium», Mai-Nr. 1954.)

Die Redaktion

Das am 31. Oktober 1961 anlässlich des XXII. Parteitages angenommene dritte Programm der Kommunistischen Partei der Sowjetunion gilt nach der offiziellen Deklaration als «das Programm für den Aufbau der kommunistischen Gesellschaft». Die KPdSU betrachtet — wie wir weiter wörtlich lesen können — diesen Aufbau keineswegs nur als eine innere Angelegenheit der UdSSR, sondern «als eine große internationale Aufgabe des Sowjetvolkes¹», als «die Epoche des Triumphs des Sozialismus und Kommunismus im Weltmaßstab²», wobei der Übergang vom Kapitalismus zum Kommunismus als historisch unvermeidlicher Entwicklungsweg der Menschheit angesehen wird. Den nicht-sowjetsozialistischen Gesellschaftssystemen, das heißt dem Westen, wird testiert: «Der Imperialismus ist verfaulender und sterbender Kapitalismus, ist der Vorabend der sozialistischen Revolution. Das kapitalistische Weltsystem in seiner Gesamtheit ist für die soziale Revolution des Proletariats reif³.» Oder weiter: «Die Monopolbourgeoisie stellt einen nutzlosen Auswuchs am gesellschaftlichen Organismus dar; für den Produktionsprozeß ist sie überflüssig⁴.»

Klarer kann die sowjetische Einschätzung der westlichen Wirtschafts- und Gesellschaftsordnung wohl kaum formuliert werden. Zumindest sollte man danach meinen, daß — vom Osten her gesehen — das «überlegene», fortschrittsträchtige sozialistische Weltsystem zu erhaben wäre, um dem «verfaulenden» kapitalistischen Weltsystem noch etwas abzukaufen, und daß — vom Westen her gesehen — kaum noch jemand bereit wäre, weiterhin einem Partner nachzulaufen, der ihn dermaßen disqualifiziert. Gleichwohl ist das Thema Osthandel nach wie vor äußerst aktuell. Im Westen verstummen unbeschadet aller bekannten Stimmen zur Problematik wirtschaftlicher Ost-West-Beziehungen die Plaidoyers und Apologien für deren Ausweitung nicht; und im Osten wird sogar in demselben Parteiprogramm, in dem die westliche Wirtschaft verbis

expressis verdammt wird, für verstärkte Wirtschaftsbeziehungen mit den morbiden Kapitalisten geworben. So heißt es wörtlich im ersten Teil des neuen Programms, Abschnitt VIII (Die friedliche Koexistenz und der Kampf für den Weltfrieden):

«Die Sowjetunion hat die Politik der friedlichen Koexistenz der Staaten unterschiedlicher Gesellschaftsordnung konsequent verteidigt und wird sie auch künftig verteidigen.

Die Kommunistische Partei der Sowjetunion stellt folgende Aufgaben auf dem Gebiet der internationalen Beziehungen:

... im Interesse der Gewährleistung des Friedens eine aktive, konsequente Politik zur Verbesserung und Entwicklung der Beziehungen zu allen kapitalistischen Ländern durchzuführen, darunter zu den Vereinigten Staaten von Amerika, Großbritannien, Frankreich, der deutschen Bundesrepublik, Japan und Italien;

... auf den Ausbau der internationalen Zusammenarbeit im Bereich des *Handels*, der Kulturbeziehungen, der Wissenschaft und Technik hinzuwirken;

...⁵.»

Der eklatante Widerspruch der hier zitierten Postulate zu den eingangs wiedergegebenen Formulierungen aus früheren Abschnitten des neuen Programmes mahnt als typischer Ausdruck sowjetischer Dialektik zu besonders sorgsamer Analyse seiner Hintergründe. Versuchen wir, die damit anstehende Frage nach den wirklichen Absichten der Sowjets beim Ost-West-Handel wiederum aus dem Parteiprogramm heraus zu beantworten, so bietet uns dazu folgender Satz einen Anhalt:

«Das sozialistische System hat bestimmte Schwierigkeiten zu überwinden, die hauptsächlich darauf zurückzuführen sind, daß die meisten Länder dieses Systems früher auf einem mittleren oder sogar niedrigen wirtschaftlichen Entwicklungsniveau standen...⁶.»

Mit diesen Worten ist, in derzeit gängige Ausdrücke nach westlicher Diktion übersetzt, klar ausgesprochen, daß sich das «sozialistische Weltsystem» selbst in die Kategorie der sogenannten Entwicklungsländer einreicht. In dieser Eigenschaft möchte es unbeschadet des inzwischen erreichten, gewiß beachtlichen industriellen Reifegrades der UdSSR sehr wohl an den Vorsprüngen und Überschüssen der westlichen Industriestaaten partizipieren. Da es aber von der ideologischen Basis wie von der politischen Zielsetzung her unmöglich ist, vom Westen «Entwicklungshilfe» anzunehmen, muß man das, was man braucht, anders deklarieren. Um dem ideologischen Aspekt zu genügen, nennt man es Handelsbeziehungen, und um die damit verfolgten weltrevolutionären Ziele zu verwischen, spricht man von Koexistenz. Diese dialektische Gaukelei ändert aber nichts an der Grundkonzeption. Diese ist und bleibt im Rahmen des Gesamtprogramms konsequent die als Befreiung von der Ausbeutung deklarierte Unterwerfung des Westens, wobei diesem — durch die Koexistenz-

these im Abschnitt VIII schmackhaft gemacht — planmäßig die Aufgabe zugeschlagen ist, selbst einen entscheidenden Beitrag zu seiner Überrollung zu leisten. So klären sich die oben erwähnten Widersprüche zwischen den früheren Teilen und dem Teil VIII des neuen Programms; und so lassen sich die wirklichen Absichten der Sowjets beim Ost-West-Handel erkennen: sie sind in der Tat nichts anderes als der Wunsch nach einer Entwicklungshilfe besonderer Art, deren Ziel es ist, den Sieg des Kommunismus im Weltmaßstab zu fördern.

Wir wissen, daß wir mit dieser Definition nichts prinzipiell Neues aussprechen. Auf das, was hier gesagt ist, haben seit Jahren namhafte Politiker, Wirtschaftsführer und Wissenschaftler fast aller westlichen Länder wiederholt hingewiesen. Da es aber bekanntermaßen daneben auch andere Stimmen gibt, die diesen Sachverhalt nicht wahr haben wollen, ihn als überflüssige Dramatisierung oder bestenfalls als überholt betrachten, schien es uns geboten, ihn aus neuester, höchst offizieller Quelle erneut zu dokumentieren.

Einheit von Ökonomie und Politik

Sollte man trotz der nicht wegdiskutierbaren Zitate zu Beginn unserer Be trachtung der vorstehenden Deduktion den Vorhalt machen, daß sie zu stark politisch konzipiert sei und nicht genügend nüchtern ökonomischen Aspekten Rechnung trage, so dürfen wir dazu mit einem Wort Karl C. Thalheims feststellen, daß Wirtschaft in jedem der Ostblockländer «immer Bestandteil der allgemeinen Staatspolitik und im Rahmen der politischen Gesamtkonzeption dieser Länder zu sehen» ist⁷. Die unbedingte Richtigkeit dieser Interpretation bestätigt neben dem neuen Parteiprogramm eine weitere ebenfalls höchst maßgebliche östliche Quelle — das Communiqué über die Moskauer Konferenz der kommunistischen und Arbeiterparteien vom November 1960. Hierin lesen wir:

«Das sozialistische Weltwirtschaftssystem... entwickelt sich auf Grund der ökonomischen Gesetze des Sozialismus. ... Die Entwicklung der internationalen Beziehungen wird heute bestimmt durch den Kampf der zwei Gesellschaftssysteme⁸.»

Verbinden wir diese Äußerungen noch einmal mit dem neuen Parteiprogramm, so gilt es zu registrieren, daß der vorerwähnte «Kampf» als eine «spezifische Form des Klassenkampfes» zu verstehen ist⁹. Diese Formulierung finden wir sowohl im Zusammenhang mit der Koexistenzthese (Abschnitt VIII) wie in Verbindung mit der Erklärung, daß das sozialistische System noch bestimmte Schwierigkeiten zu überwinden habe (Entwicklungsthese, Abschnitt III). Da wir den Zusammenhang beider Thesen bereits zuvor als Bestimmungsfaktor der sowjetischen Absichten beim Ost-West-Handel ex-

plizierten, läßt sich somit — noch einmal mit Thalheim — folgern, daß in der neuen Ära nach dem XXII. Parteitag der Osthandel als eine Institution des Klassenkampfes gebraucht werden soll¹⁰.

Diese neuerliche Betonung des Klassenkampf-Aspektes enthebt uns eindeutig der Notwendigkeit einer rückwärts gewandten Deutelei. Die Frage, ob das aus älteren sowjetischen Quellen bekannte Postulat der unbedingten Einheit von Ökonomie und Politik noch Geltung habe, oder ob nicht statt dessen eine gewisse Liberalisierung und Einkehr ökonomischer Ratio festzustellen sei, ist damit entschieden. An eine Entpolitisierung ist sowjetischerseits nicht im entferntesten gedacht. Alle außenwirtschaftlichen Aktionen bleiben integraler Bestandteil der Kommunismuspolitik mit dem ausdrücklich so formulierten Ziel, daß der Außenhandel einen wichtigen Beitrag für den Sieg des Sozialismus leisten muß.

Dafür, daß dieses Konzept nicht nur These, sondern Realität der sowjetischen Außenhandelspraxis, und zwar nicht nur für die UdSSR allein, sondern für den Ostblock im ganzen (zumindest für die europäischen Satellitenstaaten) ist, verzeichnen wir sozusagen als Kronzeugen zwei Instanzen: den Rat für gegenseitige Wirtschaftshilfe und den Warschauer Pakt.

Der Rat für gegenseitige Wirtschaftshilfe — im Westen zumeist COMECON, von den Sowjets selbst *Sovjet economitscheskoj wsajmoponoschtschi* genannt — ist, wie die Analyse seiner jüngsten Satzung zu erkennen gibt, eine Institution für den organisatorischen Vollzug determinierter Staatsaktionen auf ökonomischem Gebiet.

Der Warschauer Pakt hat in diesem Zusammenhang die Aufgabe, der mit dem COMECON angestrebten außenwirtschaftlichen Kooperation die nötige machtpolitische Stoßkraft zu geben.

Auch hier stoßen wir also wieder, und zwar in sehr massiver und realer Form, auf die Einheit von Politik und Ökonomie. Wie weit diese Einheit geht, oder — auf unser spezielles Anliegen an dieser Stelle bezogen — wie weit der Warschauer Pakt mit seinen militärischen Funktionen zugleich integraler Bestandteil der östlichen Außenwirtschaftspolitik ist, erklärt am besten wieder eine Dokumentation aus östlichen Quellen:

«Es entspricht den Prinzipien des Warschauer Vertrages, daß die sozialistischen Länder in der gegenwärtigen Etappe zu höheren Formen der wirtschaftlichen Zusammenarbeit übergehen. Auf der im Mai 1958 durchgeföhrten Konferenz von Vertretern der Mitgliedstaaten des Rates für gegenseitige Wirtschaftshilfe wurde eine Reihe solcher neuen Formen entwickelt.»

«Der Warschauer Vertrag sieht nicht nur die Vereinigung von militärischen Maßnahmen usw. vor, er trägt auch zur Gewährleistung einer einheitlichen... Wirtschafts- und Außenpolitik der sozialistischen Staaten bei.»

«Der Warschauer Pakt beschränkt sich... nicht darauf, die sozialistischen Errungenschaften und den Weltfrieden zu schützen und zu verteidigen, sondern er ist zugleich ein Instrument zur Entwicklung der Zusammenarbeit, des gegenseitigen Austausches von Er-

fahrungen und der kollektiven Unterstützung beim sozialistischen Aufbau in den einzelnen Ländern. ... Die DDR, der einzige rechtmäßige deutsche Staat, ist gleichberechtigter Partner des Warschauer Vertrages. Ihre Teilnahme an diesem Vertragswerk ist angesichts des wiedererstandenen deutschen Militarismus in Westdeutschland von ganz besonderer, man kann sagen lebenswichtiger Bedeutung¹¹.»

Nehmen wir diese Formulierungen zur Kenntnis, so kann wohl niemand mehr, der auf nüchterne Überlegungen und eine sachliche Prüfung des Tatbestandes Wert legt, für sich in Anspruch nehmen, ein Realist zu sein, wenn er Osthandelsfragen mit einer ausschließlich ökonomisch motivierten Konzeption gegenübertritt. Das gilt um so mehr, als die dargestellten und dokumentierten Sachverhalte die Einheit von Ökonomie und Politik beim Ost-West-Handel nicht nur in außenwirtschaftlicher Sicht bestätigen, sondern gleichermaßen als außenpolitisch wie militärisch verflochtenen Komplex kennzeichnen. Trotzdem bleibt bestehen, daß es «der Westen noch immer nicht verstanden hat, daraus die Konsequenzen zu ziehen und sich in seinen wirtschaftlichen Beziehungen zum Osten seinerseits auf die Linie einer einheitlichen wirtschaftspolitischen Strategie zu einigen¹²». Wir haben deshalb für unsere Analyse zu fragen, worin die Gründe dafür liegen mögen.

Größenordnung und Relationen

An der Spitze der darauf möglichen Antworten steht sicherlich zu Recht die Annahme, daß ein nicht geringer Teil von Fehlurteilen, die in der westlichen Welt über Ostblockentwicklungen festzustellen sind, auf mangelnde Kenntnis der zuvor erwähnten engen und unlösbaren Verflechtung von Politik und Wirtschaft zurückzuführen ist¹³. Daneben geht es um eine Fehleinschätzung der Größenordnung. So wird von den westlichen Verfechtern des Osthandels immer wieder damit argumentiert, daß vom gesamten Außenhandelsumsatz der freien Industrieländer lediglich 3,6% (1960) auf den Ostblock entfallen. Mit diesem geringen Anteil, so meint man, sei erwiesen, daß der Ostblockhandel ohne dramatische Züge, wenn nicht gar eine Quantité négligeable sei.

Derartige Feststellungen sind rein rechnerisch unbestritten richtig; sie treffen jedoch die anstehende Problematik kaum am Rande; geschweige denn den Kern der Sache. Genau so wenig, wie es unter dem Aspekt der Einheit von Ökonomie und Politik in einem kommunistischen Lande so etwas wie eine «staatsfreie ökonomische Sphäre, eine Sphäre des rein Ökonomischen¹³» gibt, lassen sich Zahlenanalysen über Beziehungen zu kommunistischen Ländern mit traditionellen statistisch ökonomischen Maßstäben ansetzen. Angesichts der östlicherseits durch das Außenhandels-, Valuta- und Preismonopol gegebenen Manipulationsmöglichkeiten außenwirtschaftlicher Vorgänge verschie-

ben sich die Größenordnungen¹⁴. Die Anteile als solche haben — wenn überhaupt — nur eine bedingte Aussagekraft. Es kommt nicht darauf an, wie groß oder wie klein sie sind, sondern darauf, welcher Zweckbestimmung die darin enthaltenen absoluten Mengen oder Werte dienen. Oder anders ausgedrückt: es spielt für den Aufbau des Kommunismus keine Rolle, welchen Anteil die westlichen Ostlieferungen gemessen am Außenhandelsvolumen der höchst-aussenhandelsintensiven westlichen Industrieländer haben, sondern es ist entscheidend, wozu sie den Ostblock in die Lage versetzen.

Um hierfür reale Anhalte zu gewinnen, bedarf es zumindest einer Konfrontation des oben erwähnten, am westlichen Außenhandelsumsatz gemessenen Anteils von 3,6% mit der korrespondierenden Beziehungszahl, gemessen an den östlichen Umsätzen. Darüber hinaus dürfte es darauf ankommen, die so erkenntliche quantitative Relation auf ihren qualitativen Gehalt zu prüfen. Hiermit meinen wir zum einen die Herausschälung von Entwicklungstendenzen und zum anderen den Versuch einer Analyse des Spitzenwertes der westlichen Lieferungen für den Osten.

Allein in rein *quantitativer Sicht* schnellen die oben erwähnten «nur» 3,6% auf mehr als das Fünffache, nämlich auf 19,9% (1960) empor, wenn wir die damit ausgedrückten Ost-West-Handelslieferungen statt auf den gesamten Außenhandelsumsatz der freien Industrieländer auf den Außenhandelsumsatz der Ostblockländer beziehen. Im einzelnen ergibt sich — projiziert auf die Welthandelssituation und gegliedert in die drei Bereiche «Freie Industrieländer» — «Ostblock» — «Entwicklungsländer» folgendes Bild für die Relativität der Größenordnungen (sämtliche Zahlen für 1960):

a)	vom gesamten Außenhandel der freien Industrieländer entfielen auf	
	Freie Industrieländer untereinander	72,2%
	Ostblock	3,6%
	Entwicklungsländer	24,2%
		100,0%
b)	vom gesamten Außenhandel der Ostblockländer entfielen auf	
	Freie Industrieländer	19,9%
	Ostblock untereinander	72,3%
	Entwicklungsländer	7,8%
		100,0%
c)	vom gesamten Außenhandel der Entwicklungsländer entfielen auf	
	Freie Industrieländer	73,7%
	Ostblock	4,2%
	Entwicklungsländer untereinander	22,1%
		100,0%

Schon diese Globalzahlen dürften zeigen, in welchem Umfange der Ost-West-Handel eine diffizile Angelegenheit des Weltmaßstabes ist und wie wenig

es angeht, sein Gewicht ausschließlich an den Umsätzen einer speziellen Ländergruppe zu messen, ohne die korrespondierenden Werte der Partnergruppe in die Betrachtungen einzubeziehen. Die damit erkenntliche recht unterschiedliche Bedeutung ost-west-wirtschaftlicher Beziehungen für den Ostblock einerseits und den Westen andererseits wird um so deutlicher, je mehr wir die Partnerbereiche eingrenzen und spezifizieren. Hierzu ein Blick auf die Situation in Europa.

Die westeuropäischen Länder waren 1960 mit folgenden absoluten Werten und prozentualen Anteilen ihrer eigenen Außenhandelstätigkeit am Außenhandelsumsatz zwischen Westeuropa und Osteuropa beteiligt¹⁵:

	Import Westeuropas aus Osteuropa 1960		Export Westeuropas nach Osteuropa 1960	
	Umsatz Mio. \$ c. i. f.	% des Gesamt- imports	Umsatz Mio. \$ f. o. b.	% des Gesamt- exports
Westdeutschland ¹	402,2	4,0	440,8	3,9
Italien	266,3	5,6	172,8	4,7
Frankreich	154,5	2,5	220,6	3,2
Niederlande	97,3	2,1	62,7	1,6
Belgien/Luxemburg	75,2	1,9	94,4	2,5
EWG	995,5	3,4	991,3	3,3
Österreich ²	158,5	11,2	153,4	13,7
Schweden	120,9	4,2	109,9	4,3
Dänemark	77,9	4,3	55,8	3,8
Norwegen	46,1	3,2	38,4	4,4
Schweiz	48,4	2,2	61,4	3,3
Großbritannien	389,1	3,1	213,8	2,2
Portugal	7,8	1,4	7,1	2,2
EFTA	848,7	3,7	639,8	3,5
Island	20,4	22,7	15,6	23,2
Jugoslawien	211,0	25,6	181,9	32,2
Finnland	214,5	20,2	186,5	18,9
Griechenland	55,9	7,9	45,0	22,1
Türkei	42,6	9,1	39,2	12,2
Spanien	11,4	1,6	17,6	2,4
Irland	6,7	1,1	0,5	0,1
Rest Westeuropa	562,5	12,5	486,3	14,7
Insgesamt	2406,7	4,1	2117,4	4,1

¹ Ausschließlich Interzonenhandel. ² Ausschließlich Reparationen.

Die entsprechenden Zahlen für die Ostblockländer lauten für 1959¹:

	Import Osteuropas aus Westeuropa 1959 ²		Export Osteuropas nach Westeuropa 1959 ²	
	Umsatz Mio. \$ c. i. f.	% des Gesamt- imports	Umsatz Mio. \$ f. o. b.	% des Gesamt- exports
Polen	312,9	25	365,2	31
Ungarn	158,4	25 ⁴	164,8	27 ⁴
Sowjetische Besatzungszone ³	164,3	11 (21) ⁵	176,0	10 (19) ⁵
Tschechoslowakei	233,6	18	264,8	18
Rumänien	67,7	16	83,9	16
Sowjetunion	647,2	15	937,7	16
Bulgarien	107,9	19 ⁴	47,8	10 ⁴
Ostblock	1692,0	17	2040,2	17

¹ Die Zahlen für 1960 konnten wegen der mit großer Verspätung erschienenen sowjetischen Außenhandelsstatistik für das Jahr 1960 in die Rechnung nicht mehr einbezogen werden. Jedoch hat sich die Grundstruktur gegenüber 1959 nicht nennenswert geändert.

² Ausgenommen Spanien. ³ Ausschließlich Interzonenhandel. ⁴ Geschätzt von der ECE.

⁵ Klammerzahl einschließlich Interzonenhandel.

Wie die Konfrontation beider Tabellen zeigt, beträgt im Gesamtdurchschnitt der Anteil des Osthandsels der westeuropäischen Länder an ihrer eigenen Außenhandelstätigkeit 4,1%, während sich die korrespondierende Beziehungszahl für den Ostblock (Jugoslawien nicht dazugerechnet) auf 17% beläuft. Die so ausgedrückte Mißrelation der Anteilswerte im europäischen Maßstab weist damit zwar eine etwas geringere Streuung auf, als die im Weltmaßstab (17,0 : 4,1 gegen 19,9 : 3,6). Gleichwohl aber kann nicht im entferntesten davon gesprochen werden, daß sich die beiderseitigen relativen Größenordnungen die Waage halten. Das bedeutet mit anderen Worten: die von den westlichen Verfechtern des Osthandsels zur Bagatellisierung des Problems ins Feld geführte These der geringen Anteile (für die EWG- und EFTA-Länder sind es im Durchschnitt in der Tat weniger als 4%) beweist nur, daß dieser Handel für die betreffenden Länder nicht als lebenswichtig anzusehen ist. Hingegen ist er für den Osten von ungleich größerem Gewicht.

Dieses Faktum wiegt um so schwerer, wenn man die Dinge nicht nur statisch, sondern in ihrer *Entwicklung* sieht. So ist allein der Handel der Sowjetunion mit nichtkommunistischen Ländern zwischen 1955 und 1959 von 1,34 auf 2,6 Milliarden Dollar angestiegen, was nahezu einer Verdoppelung entspricht. Darunter haben die sowjetischen Exporte nach nichtkommunistischen Ländern um rund 90% und die entsprechenden Importe der UdSSR um fast 100% zugenommen, während im gleichen Zeitraum die sowjetische Ausfuhr nach kommunistischen Ländern nur um rund 52% und die Einfuhr von dort um rund 57% anwachsen¹⁶.

Bezogen auf den europäischen Ostblock (im Sinne der vorstehenden Tabelle) als ganzes ergibt sich folgender Mengenindex (1950 = 100)¹⁷.

Jahr	Westeuropas Import aus Osteuropa	Westeuropas Export nach Osteuropa
1950	100	100
1952	85	91
1957	163	181
1958	184	191
1959	218	214
1960	257	257

Speziell im Jahr 1960 hat die mit obigen Zahlen angedeutete Entwicklung Formen angenommen, die auch den nüchternsten Beobachter zu der Formulierung drängen müssen, daß sich bestimmte westeuropäische Industrien geradezu überbieten, um gewisse Stagnierungen im «sozialistischen Weltsystem» zu kompensieren und den ins Stocken geratenen weiteren Aufbau des Kommunismus wieder flott zu machen. Lassen wir ergänzend die sowjetische Außenhandelsstatistik sprechen, so verdichtet sich die gemachte Aussage wie folgt: Für 1960 ist eine Steigerung der gesamten Außenhandelsumsätze der UdSSR im Verhältnis zum Vorjahr von 9,46 auf 10,07 Milliarden Rubel, das heißt um 6,5% ausgewiesen. In diesem Gesamtdurchschnitt sind — wohlgemerkt nach sowjetischen Angaben — die Partnerstaaten des Roten Imperiums mit einem wertmäßigen Zuwachs von ganzen 1,17% vertreten; die westlichen Länder hingegen — und zwar darunter vornehmlich die westeuropäischen — mit 21,3%. Der Westen sprang also ganz offensichtlich für ausgebliebene Ostwaren in die Lücke. Hierzu als besonders aussagekräftiges Detail die Entwicklung der Maschinenimporte. Sie stiegen — von der Sowjetunion her gesehen — von 1959 zu 1960:

Lieferland	Mio. Rub.	Mio. Rub.	Zunahme in			
			1959	1960	Mio. Rub.	%
Bundesrepublik Deutschland	35,2	86,3		51,1		145
England	39,3	52,0		12,7		33
Frankreich	35,2	56,4		21,2		60
Italien	9,8	27,2		17,4		178
Finnland	69,0	72,2		3,2		4,6

Im Gegensatz zu dieser Akkord-Leistung der westlichen Entwicklungshilfe für die Erfüllung der sowjetischen Pläne sanken in der Berichtsperiode die Umsätze der UdSSR mit Rotchina von 1,84 auf 1,49 Milliarden Rubel, das heißt um 19%.

Diese Zahlen, so möchte man meinen, bedürfen kaum eines weiteren Kommentars. Gleichwohl gewinnt die besorgniserregende Entwicklung, die sich

mit ihnen offenbart, noch an Dynamik, wenn man sie unter dem zuvor angemerkt qualitativen Aspekt betrachtet. Worin diese zusätzliche Problematik liegt, deutet bereits die vorstehende Tabelle über die Maschinenlieferungen an. Gegenstand der Ausweitung des Osthandsels ist nicht ein ausgewogener Gütertausch, sondern ausschließlich die Förderung der von den Sowjets in Angriff genommenen Schwerpunktprogramme zur ökonomischen Untermauerung ihrer Machtposition. So stehen mit Abstand an der Spitze der sowjetischen Bezüge aus Westeuropa bekanntermaßen seit langem und — allen in westlichen Denkkategorien konzipierten gegenteiligen Prognosen zum Trotz — in zunehmendem Maße Stahl- und Edelstahlerzeugnisse, hochwertige Werkzeugmaschinen, Ausrüstungen und komplette Anlagen für das Chemieprogramm oder für die auf großes Spiel gezielte Erdöl offensive. Berichte über Verhandlungen und Abschlüsse mit britischen, italienischen, westdeutschen und französischen Firmen im Jahre 1961 lassen den Schluß zu, daß der Anteil dieser Positionen noch weiter steigen wird. Nahrungs- und Genußmittel, andere Rohmaterialien, kurz: Gegenstände der sogenannten individuellen Konsumosphäre fallen dagegen immer weiter ab.

Bezogen auf den europäischen Ostblock im ganzen (regionale Umschreibung wie in den vorangehenden Tabellen zu verstehen) ergeben sich dazu — vom freien Europa her gesehen — auszugsweise folgende Zahlen:

Warengruppe	Saldo der Einfuhren (—) oder Ausfuhren (+) beim Osthandel in Mio. Dollar		
	1957	1958	1959
Produkte der Maschinen-Industrie	+ 218	+ 241	+ 386
Wichtige Metalle	+ 135	+ 165	+ 201
Nahrungs- und Genußmittel, Tabak	- 72	- 207	- 331
Andere Rohmaterialien	- 647	- 601	- 676

Alles in allem bestätigt der Blick auf die gegenseitigen Warenströme, daß es beim West-Handel der UdSSR und ihrer Satellitenstaaten in der Tat allein darum geht, relevante Spaltenbedürfnisse abzudecken, sei es, um Schwerpunktanliegen zu kompletieren, sei es, um Engpässe zu überwinden oder sei es, um die neuesten technischen Erkenntnisse — das «know how» — des Westens zu importieren und die eigene Entwicklung zu beschleunigen. Der Marktanteil ist dabei eine Größe von bestenfalls sekundärer Bedeutung.

Es darf freimütig, auch im Rahmen einer um wissenschaftliche Fundierung bemühten Analyse, gefragt werden, ob unter solchen Bedingungen für die westlichen Unternehmer noch Anlaß besteht, sich — im Sinne des bekannten Lenin-Wortes von den Stricken — um die Lieferung eines Instrumentariums zu reißen, mit dem man selbst liquidiert werden soll. Ein Blick auf die Mauer

quer durch Berlin, die nicht nur eine Stadt, sondern die Welt teilt, macht jede Debatte überflüssig, ob es sich bei der gestellten Frage um eine theoretische Erwägung oder praktische Realität handelt.

Politische Entscheidungen und Raum für Unternehmerinitiative

Damit ergibt sich als dringendes Anliegen: was tun? Die an sich logische Konsequenz der vorausgegangenen Analyse wäre ein radikaler Schluß weiterer Lieferungen nach dem Osten. Die dynamische Situation, in der wir uns befinden, verbietet jedoch leichtfertige Vorschläge für Patentlösungen. Die gewonnenen Erkenntnisse über die Unzulässigkeit isolierter Betrachtungen müssen auch dann zum Zuge kommen, wenn man nach einem realen Aktionsmodus zur Sicherung der eigenen Position, darunter nicht zuletzt zur Erhaltung des so sehr strapazierten Friedens sucht. Die analysierten Zusammenhänge zeigen, in welchem Ausmaß — nämlich dem des Weltmaßstabes — der Ost-West-Handel vom Osten her als Politikum zu verstehen ist. Die Entscheidung der Frage, ob Abbruch oder Weiterführung wird darum auch unter weltpolitischem Aspekt getroffen werden müssen, wobei die dafür verantwortlichen Politiker auch ihrerseits genötigt sind, die Dinge in größerem Zusammenhang zu werten. Hier erscheint — solange es noch einen Schimmer von Sinn für Ost-West-Verhandlungen gibt — bei der Notwendigkeit der Bereitschaft zum Entschluß eine taktische Zurückhaltung gerechtfertigt, um nicht durch überstürztes Ausspielen einen guten Trumpf zu entkräften.

Gleichwohl bieten sich indessen Möglichkeiten zur Aktion, ohne daß die Alternativentscheidung ausgelöst werden muß. Ein Weg hierzu wäre die *Errichtung einer gemeinsamen Treuhand- oder Clearingstelle¹⁸ der westlichen Länder*, welche im übernationalen Maßstab die Kontaktlinien des Osthandels koordiniert. Auf diese Weise sollte es schon möglich sein, die gefährliche Funktion des Osthandels als Entwicklungshilfe für den Aufbau des Kommunismus zu entschärfen. Darüber hinaus könnte eine solche Stelle — organisatorisch etwa im Rahmen der OECD, durch Anschluß an die Weltbank oder ähnlich etabliert — gewissermaßen als ökonomisches Pendant zur NATO durchaus «Wirkungen erbringen, die die Abwehrfront der freien Welt gegenüber dem Osten stärken¹⁹». Voraussetzung hierzu wäre lediglich die Bereitschaft, «daß der Westen seine partikularistische Wirtschaftspolitik gegenüber dem Osten aufgibt und sich auf eine gemeinsame wirtschaftspolitische Strategie» einigt¹⁹.

Eine weitere Möglichkeit adäquater Aktion ist die: Es gibt Stimmen be-sonnener Männer, die da meinen, daß die freien Unternehmer, die selbst mit am stärksten vom Kommunismus bedroht sind, im Bewußtsein ihrer Verantwortung von sich aus auf Ost-Geschäfte verzichten sollten, ohne daß es eines staatlichen Ge- oder Verbotes bedarf²⁰. Gewiß mögen solche Stimmen kühn

klingen; aber wenn wir die Kräfte des freien Unternehmertums in einer freien Marktwirtschaft bejahren — warum sollten wir uns dann nicht auch einmal zu freien Taten bekennen, die dieser Kraft entsprechen? Diese Frage (oder Anregung) erscheint um so berechtigter, als es durchaus namhafte Repräsentanten der Wirtschaft, bedeutende Industrielle und Inhaber von Weltfirmen diesseits und jenseits des Atlantik sind, die die angeführten Stimmen vertreten.

Wir meinen, daß mit diesen Vorschlägen wahrhaft unternehmerischer Weitblick bekundet ist und daß sich damit zugleich zweierlei präsentiert: zum einen eine praktikable Marktordnung zur Verhinderung des Ausverkaufs der Freiheit und zum anderen ein schon einmal zweckmäßiger Gegenbeweis für jene Passagen des neuen kommunistischen Parteiprogramms, in denen dem freien Unternehmertum testiert wird, daß es «für den Produktionsprozeß überflüssig²¹» und «verfaulender und sterbender Kapitalismus²¹» sei. Mögen diese Vorschläge bei allen, die sie angehen, Gehör finden!

Quellennachweis

¹ Zitiert nach «Programm der Kommunistischen Partei der Sowjetunion», deutsche Übersetzung, in: «Die Presse der Sowjetunion» (Ost-)Berlin, Nr. 143 vom 21. 11. 61, S. 3227.

² Ebenda, S. 3226.

³ Ebenda, S. 3228.

⁴ Ebenda, S. 3233.

⁵ Ebenda, S. 3242.

⁶ Ebenda, S. 3231.

⁷ Thalheim, Karl C.: «Die mitteldeutsche Wirtschaft in Konkurrenz mit der Bundesrepublik», in: «Offene Welt», Frankfurt a. M. 1960, Heft 6, S. 171.

⁸ Zitiert nach «Erklärung der Beratung von Vertretern der kommunistischen und Arbeiterparteien, November 1960»; Dietz-Verlag, (Ost-)Berlin 1961, S. 23 u. 32.

⁹ «Programm der Kommunistischen Partei der Sowjetunion», a. a. O., S. 3242.

¹⁰ Thalheim, Karl C.: «Wandlungen in der Sowjetunion im Zeichen des Übergangs zum Kommunismus-Wirtschaftssystem»; Vortrag anlässlich der Jahrestagung der Deutschen Gesellschaft für Osteuropakunde 1961 in Bad Honnef.

¹¹ Zitiert nach «Beiträge zur Zeitgeschichte», (Ost-)Berlin 1959, S. 95, 96, 98.

¹² «Neue Zürcher Zeitung», Nr. 2761 v. 23. 7. 61, Blatt 8.

¹³ Vgl. Thalheim, a. a. O. (lt. Quelle 7), S. 170.

¹⁴ Vgl. hierzu Studie des Verf. in den «Schweizer Monatsheften», 36. Jahr, Heft 11, Februar 1957, S. 841—856: «Probleme des Ost-West-Handels.»

¹⁵ Errechnet und zusammengestellt in der Abt. für Osteuropäische Wirtschaft des Osteuropa-Instituts an der Freien Universität Berlin aus: UN, Economic Bulletin for Europe, Vol. 12, No. 2, Geneva, 1960, und Vol. 13, No. 1, Geneva 1961.

¹⁶ Zahlen lt. UN (FAO)-Bericht vom Juli 1961, gemäß «Neue Zürcher Zeitung» vom 20. 7. 61, Nr. 2723.

¹⁷ Zahlen lt. UN, Economic Bulletin for Europe, Vol. 13, No. 1, Geneva 1961.

¹⁸ Vgl. hierzu die bereits vor Jahren in den «Schweizer Monatsheften» geäußerten Vorschläge lt. Studie des Verf. gemäß Anm. 14, S. 854; ergänzend u. a. «Neue Zürcher Zeitung»

v. 23. 7. 1961, Nr. 2761, oder «Der klare Blick» — Schweizer Kommentare für Freiheit, Gerechtigkeit und ein starkes Europa», Nr. 49 vom 13. 12. 1961.

¹⁹ Zitiert nach «Neue Zürcher Zeitung» vom 23. 7. 1961, Nr. 2761, Blatt 8.

²⁰ Vgl. hierzu u. a. Schenk, Fritz: «Magie der Planwirtschaft», Köln und Westberlin 1960; sowie zahlreiche diesbezügliche Äußerungen in namhaften Tageszeitungen, Zeitschriften, Mitteilungsblättern wirtschaftlicher Organisationen u. ä.

²¹ Vgl. hierzu Quellennachweis gemäß Anmerkungen 3 und 4.

Die statistischen Zahlen stammen — soweit nicht besondere Quellen angegeben — aus der «Statistischen Datenkartei» des Osteuropa-Instituts an der Freien Universität Berlin unter besonderer Berücksichtigung einer in Vorbereitung befindlichen Untersuchung von Michael von Berg über Fragen des Ost-West-Handels.